

SPERRFRIST: 24. April 2012, 16 Uhr

**Roundtable-Gespräch zur Open-Government-Data-
Zusammenarbeit in der D-A-CH-Region**

Gegenstand des Roundtable-Gesprächs "D-A-CH-Zusammenarbeit bei Open Government Data", anlässlich des vom Behörden Spiegel durchgeführten Verwaltungskongresses Effizienter Staat, am 24. April 2012 war es, die Chancen zur Zusammenarbeit von Deutschland, Österreich und der Schweiz auf dem Gebiet des Open Government auszuloten.

Dem Arbeitsgespräch lag folgendes Verständnis zugrunde:

Regierungen und Verwaltungen erkennen nach und nach, dass eine maßvolle Öffnung und proaktive Bereitstellung von Daten der öffentlichen Hand dazu beiträgt, bestehende Instrumente der Demokratie zu stärken, indem das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber staatlichem Handeln durch Transparenz erhöht wird. Neben der Stärkung der Demokratie bietet Open Government Data aber auch Potentiale zu Effizienz- und Effektivitätssteigerungen in Verwaltung und Politik: Durch verbesserte interne Verwaltungsarbeit und durch die gezielte Öffnung von Verwaltungsprozessen, beispielsweise Datenqualitätsverbesserung ebenso wie durch das direkte Feedback der Bevölkerung, der Medien oder der Wirtschaft, können diese Potentiale erschlossen werden.

Mit offenen Verwaltungsdaten (Open Government Data, kurz OGD) sind hier jene Datenbestände des öffentlichen Sektors gemeint, die von Regierung und Verwaltung in maschinenlesbarer Form zur Weiterverwendung durch Dritte zugänglich gemacht werden.

Open Data ist eine von den Verwaltungen, NGOs und weiteren Interessensgruppen getragene Bewegung, die in den letzten Jahren auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz aufgegriffen wurde.

- In Deutschland ist auf Bundesebene im Regierungsprogramm "Vernetzte und transparente Verwaltung" Open Government seit 2010 ein offizielles Modernisierungsprojekt. Ein Steuerungsprojekt "Open Government" des IT-Planungsrates sieht die Realisierung eines ebenenübergreifenden Portals mit Schwerpunkt Open Data bis 2013 vor.
- In Österreich hat sich die Bund-Länder-Städte übergreifende "Cooperation Open Government Data Österreich" gegründet, die als Basis für die Entwicklung von entsprechenden Plattformen und Standards dienen soll.
- In der Schweiz hat der Bundesrat das Ziel, den Zugang zu Behördendaten und -informationen zu erleichtern, in die 2012 erneuerte Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz verankert. Im Rahmen der Umsetzung der E-Government Strategie Schweiz wurde ein entsprechendes priorisiertes Vorhaben definiert. Anfang Januar wurden der Verein Opendata.ch übergreifend von Politik,

Verwaltung und Zivilgesellschaft gegründet und eine Studie zu Open Government auf den Weg gebracht.

Open-Data-Initiativen gibt es auf allen staatlichen Ebenen. Insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene gibt es bereits Portale für Verwaltungsdaten. Weitere Gebietskörperschaften in Deutschland, Österreich und der Schweiz haben ihre Absicht bekundet, ebenfalls entsprechende Online-Portale zu verwirklichen.

Gemeinsame Ziele

Die Öffnung der Verwaltung nach außen soll zu einem festen Bestandteil der Strukturen und IT-Strategien der Verwaltungen werden. Vor diesem Hintergrund setzt sich der Gesprächskreis dafür ein, die Zusammenarbeit im D-A-CH-Verwaltungsraum im Bereich Open Government Data insbesondere in folgenden Bereichen zu intensivieren:

- 1.) **Die Förderung des Austausches und Dialoges zum Thema Open Government Data auf nationaler und übernationaler Ebene.** Ziel ist der Aufbau und die Förderung einer Open-Government-Data-Community im D-A-CH-Verwaltungsraum. Hierzu gehören die Verwaltung, wie auch Politik, Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen. Rahmen eines Austausches könnten entsprechende Verwaltungskongresse sein.
- 2.) **Die Vermarktung einer modernen Verwaltung inkl. Open Government Data als Standortfaktor.** Die gesteigerte Geschwindigkeit, mit der relevante Informationen gefunden und verwendet werden können, stellt einen wichtigen Bestandteil eines modernen Wirtschaftsraumes dar und steigert die Attraktivität für Investoren, was wiederum Arbeitsplätze schaffen kann. Open Data und die Verwendung öffentlicher Daten durch Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft ist ein Bestandteil der Digitalen Agenda der EU im Hinblick auf die Aufwertung der europäischen Region als Wissensstandort - eine Vision, die gerade in einer Wissens- und Informationsgesellschaft von Bedeutung ist.
- 3.) **Die Berücksichtigung von Standardisierungsprozessen auf EU-Ebene.** Open Data ist fester Bestandteil der Europäischen Digitalen Agenda. Europäische und internationale Arbeitsgremien arbeiten an diesbezüglichen Standards und Normen. Die Open-Data-Initiativen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen haben hier bereits Vorarbeiten geleistet. Diese Leistung sollte berücksichtigt werden, um zukünftige Reibungsverluste beim Datenaustausch zu verhindern.
- 4.) **Die Förderung des Austausches zu Standards, Schnittstellen und Metadaten zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz.** Um eine übergreifende Datenverwendung zu erleichtern, ist ein Austausch über Standards, Schnittstellen und Metadaten anzustreben. Ein sich daraus ggf. entwickelndes gemeinsames Verständnis im D-A-CH-Datenraum vergrößert den Einfluss auf Standardisierungsdiskussionen auf Ebene der EU. Die Verknüpfung von offenen

Datensätzen ermöglicht es, Muster zu erkennen, Erkenntnisse abzuleiten und Applikationen zu entwickeln, die grenzüberschreitend genutzt werden können.

- 5.) **Die Förderung des Austausches zu Lizenz- und Gebührenmodellen.** Neben der technischen und semantischen Interoperabilität sollte auch ein Austausch über die rechtliche Interoperabilität – etwa zu Lizenzen, Haftungsbestimmungen und Nutzungskosten – stattfinden.
- 6.) **Die Berücksichtigung von Open Data in Ausbildungs-, Fortbildungs- und Förderprogrammen.** Mit der Einführung von Open Data werden bei Datenbereitstellern neue Qualifikationen notwendig. Relevante Angebote zur Aus- und Fortbildung sollten entsprechend angepasst bzw. geschaffen werden. Um das Potential offener Daten vollständig auszuschöpfen sollten Maßnahmen der Forschungs- und Umsetzungsförderung berücksichtigt werden.
- 7.) **Forschung und Kommunikation.** Um eine nachhaltige Umsetzung zu garantieren, ist es notwendig, dass eine wissenschaftliche Begleitung zu Wirkung und Wirkungspotential stattfindet. Damit das bereits erkannte Potential realisiert werden kann, sollen Best Practices gesammelt, gut und verständlich dokumentiert und ausgestellt werden.

Ausgehend von diesem Verständnis diskutiert anlässlich des D-A-CH-Verwaltungskongresses "Effizienter Staat" in Berlin am 24. April 2012 (www.effizienterstaat.eu) von

- **Dr. Wolfgang Both**, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Berlin
- **Dr. Carl-Christian Buhr**, Mitglied des Kabinetts von Neelie Kroes, Vizepräsidentin der Europäische Kommission / Digitale Agenda
- **Dr. Uta Dauke**, Referatsleiterin im Bundesministerium des Innern
- **Dr. Gregor Eibl**, Abteilung E-Government, Bundeskanzleramt Österreich
- **Dr. Martin Hagen**, Freie Hansestadt Bremen, Die Senatorin für Finanzen, Zentrales IT-Management und E-Government
- **Gerald Kempinger**, Open Commons Region Linz, IKT Linz GmbH
- **Renate Mitterhuber**, Finanzbehörde Hamburg, Leitung E-Government- und IT-Strategie
- **Johann Mittheisz**, CIO der Stadt Wien
- **Stephan Röthlisberger**, E-Government Schweiz